



Konstanzer Almanach 2013 - S.23 (Stadtmarketing)

# „Bürgerbeteiligung - fördert Verantwortung“

„Demokratie benötigt eine kraftvolle Belebung der partizipatorischen, dialogischen Entscheidungsverfahren in den Gemeinden, nur von dort, nur von den Städten und Gemeinden kann eine solche Erneuerung ausgehen. Die Entscheidungen müssen aus den geschlossenen Systemen der klassischen Entscheidungsprozesse, aus den oft sterilen Konfrontationen der Parteien und Interessenverbände heraus verlagert werden. Sie müssen ergänzt und erweitert werden durch die konkrete Beteiligung der interessierten, zum Engagement bereiten Bürger. Die Belebung eines solchen Gemeinns muss in den Gemeinden beginnen, wenn die weit verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Verhältnissen, aber auch die enge Fixierung auf die Durchsetzung nur der eigenen Interessen, vertrieben werden soll. Noch haben wir die Chance der Erneuerung“ - so Dr. Theo Sommer, der in Konstanz geborene, ehemalige Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT.

Diese Chance zur Erneuerung durch mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen war dann auch eines der herausragenden Wahlversprechen des OB-Kandidaten Uli Burchard (SK 16.Juni 2012): „Mit der Einführung von Bezirksbeiräten könnte man die Stadtteile stärken, ihnen ein Stück Verantwortung und Identität zurückgeben und damit auch die Akzeptanz von Entscheidungen

erhöhen. Die Bezirksbeiräte würden wie Ortschaftsräte funktionieren und müssten zu allen Belangen, die den jeweiligen Stadtteil betreffen, vom Gemeinderat angehört werden. Damit könnte man mehrere Dinge erreichen, die Bürger würden stärker in Ortsteilangelegenheiten eingebunden, die Identifikation mit dem Stadtteil könnte wachsen, das Wissen aus dem Ortsteil flösse geballt in den Gemeinderat und das Bedürfnis nach mehr Bürgerbeteiligung könnte zudem in einem kanalisiertem Verfahren sicher gestellt werden. Diese Bezirksbeiräte würden vom Gemeinderat berufen und proportional zum Wahlergebnis der jeweiligen Kommunalwahl besetzt.“

Als am 10.Juli 2012 im St.Georg-Gemeindesaal, anlässlich der Vorstellung der Bewerber zur Oberbürgermeisterwahl, der damalige Kandidat Uli Burchard gefragt wurde, wie er in der Zukunft mehr Bürgerbeteiligung organisieren möchte, bestätigte er sein Vorhaben: „Wir leben in einer erfolgreichen Demokratie und es ist viel lokales „Know how“ vorhanden, das genutzt werden sollte. Die Frage aber ist, wie machen wir das? Meine Antwort ist z.B. Planungsworkshops und Bezirksbeiräte einrichten. Der Bezirksbeirat müsste möglich sein. Die Einrichtung ist durch das Regierungspräsidium zu prüfen. Der Bezirksbeirat könnte im Rathaus Allmannsdorf tagen.“

„Ortschaftsverfassung“ – Schlagzeilen vom 27.5.1982 bis 25.6

In Allmannsdorf/Staad:

*YN-Rundschau 27.5.81*

## Ruf nach Ortschaftsverfassung

f. Die Bürger von Allmannsdorf-Staad drängen auf eine Ortschaftsverfassung. Zumindest ist auf der letzten Sitzung der Bürgervereinigung der Wunsch nach einer solchen Verfassung nachhaltig geäußert worden. Der Stadtverwaltung liegt der Antrag mittlerweile schriftlich vor, nebst einer Begründung.

Letztlich, darüber scheinen sich die Mitglieder um Vorsitzenden Alexander Gebauer im klaren zu sein, kann eine Bürgervereinigung eine Ortschaftsverfassung nicht ersetzen.

chende Information durch die Verwaltung geführt.

Gebauers Schlusswort in seinem Schreiben an OB: «Unser Ortsteil ist während des 1. Weltkrieges (1915), also in der

## Bürgervereinigung sieht sich bestätigt

In Allmannsdorf: Hoffen auf Entscheidung des Gemeinderats – „Keine neue Verwaltung“

*SK 15.1.82*

Gemeinderat hat Ermessensspielraum:

*Südk. 16.1.1982*

## Ortschaftsrat für Allmannsdorf?

Regierungspräsidium nicht grundsätzlich dagegen

*SK 1.6.82*

## FDP: Entscheidend ist Bürgernähe

Konstanzer Liberale betonen den Wert von Ratsgremien in Stadtteilen

kog. Auf die Qualität der Bürgernähe komme es an, wenn darüber befunden werde, ob es in bestimmten Stadtteilen Ortschaftsräte geben soll oder nicht. Dies wird von den

Namens des FDP-Ortsvereins weist die Vorsitzende Annette Steinfeld darauf hin, es seien nicht „gewaltige Kompetenzen“, die Bürger von einem Ratsgremium des jeweili-

*SK 5.6.1982*

## SPD gegen Ortschaftsrat für Allmannsdorf

Stellungnahme im Vorfeld der Ausschuß-Beratung – Bürgervereinigung: Wir brauchen dieses Forum

*SK 25.6.82*

## Gemeinderat blieb letzten Endes hart

Keine Ortschaftsverfassung für Allmannsdorf – Kritik aus Litzelstetten

kog. Endgültig entschieden ist jetzt, daß Allmannsdorf-Staad und Egg keine Ortschaftsverfassung bekommen. Mit deutli-

Unter dem Eindruck der offensichtlichen Disziplinlosigkeit einiger Stadträte regte Oberbürgermeister Dr. Eickmeyer an, sich

**Verankert ist diese Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in der Gemeindeordnung und wird in anderen Städten bereits praktiziert.**“ Auf die Nachfrage ob es auch ein Ortschaftsrat sein könnte wurde der OB-Kandidat deutlich: **„Nein – Bezirksbeiräte sind ausreichend“**. In der Folge gefragt, ob man Bürgerbeteiligung auch über das Internet organisieren könnte, wie es u.a. auch andere OB-Kandidaten vorgeschlagen hatten, reagierte Herr Burchardt mit dem Hinweis: **„Das Internet halte ich in diesem Zusammenhang für nicht geeignet, da es spezielle Altersgruppen einseitig begünstigt und es daher ein Mehr an Bürgerbeteiligung nur eingeschränkt anregen kann.“** Die diesen Themenkomplex abschließende Frage, wann er nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister seine Absicht Bezirksbeiräte zu installieren in den politischen Entscheidungsprozess einbringen würde, antwortete OB-Kandidat Uli Burchardt: **„Anschieben sofort, aber der Gemeinderat entscheidet!“**

Auch dem Oberbürgermeister Uli Burchardt, 100 Tage im Amt, wurde in einem ausführlichen Südkurier-Interview (24.12.2012) diese Frage gestellt, wie er jetzt nach der Wahl - **„Das große Schlagwort im OB-Wahlkampf - Mehr Bürgerbeteiligung - konkret verwirklichen will?“** Seine Antworten waren, vergleicht man sie mit den Aussagen vor der OB-Wahl, zurückhaltender. Die Absicht den Stadtteilen durch die Einführung von Bezirksbeiräten Verantwortung und Identität zurückzugeben wurde zwar als nicht gänzlich **„abgehakt“**, aber nur noch am Rande erwähnt. Statt die **„Leisen, die sich nicht in dem Maße artikulieren“** zu ermutigen nicht leise zu bleiben und die mit **„starker Stimme“** aufzufordern sich nicht nur für eigene Interessen, sondern für alle Belange ihrer Stadt und ihres Stadtteils einzusetzen, wurde den Bürgern jetzt nach der Wahl der Weg über das Internet, über ein spezielles Computerprogramm zum Ohr des Oberbürgermeisters in Aussicht gestellt, gerade der Vorschlag (siehe oben) aus dem OB-Wahlkampf den der damalige OB-Kandidat Burchardt vor der Wahl noch gut begründet abgelehnt hatte. So konnte dann die Reaktion auf die entscheidende Frage: **„Sind Sie mit ihrem Wahlkampfthema für Bezirksbeiräte einzutreten, schon einen Schritt weiter?“** nicht überraschen: **„Es sieht nicht gut aus“, man könne Bezirksbeiräte nun vermutlich doch nicht installieren, da in den späten 80er-Jahren eine entsprechende, amtliche Prüfung schon einmal negativ beschieden worden wäre.“**

Diese amtliche Prüfung ist aber nicht negativ, sondern im Gegenteil positiv ausgefallen, wie es Schreiben des Regierungspräsidium Freiburg an die Stadt Konstanz vom 26.11.81 und 15.4.82 unmissverständlich verdeutlichen: **„Die Einführung der Ortschaftsverfassung oder einer Bezirksverfassung für den Ortsteil All-**

**mannsdorf-Staad ist möglich (§ 67 GO)“** und weiter: **„Die „räumliche Trennung“ kann u.E. im Bereich des sog. Hockgrabens angenommen werden.“** Da die Grenzen von Allmannsdorf vor der Eingemeindung 1915 mit der heutigen Raumaufteilung des Stadtgebietes ohnehin nicht übereinstimmen, können sie auch jederzeit neuen Gegebenheiten angepasst werden. (Seite 37>E.Mundhaas „Allmannsdorf in seinen alten Grenzen“)

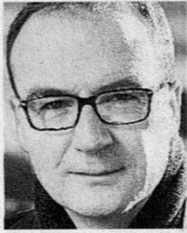
Der gerade erst ins Amt gewählte Oberbürgermeister Dr. Horst Eickmeyer (1980-1996) hatte diese rechtliche Auskunft vom RP erbeten, da auch schon in seinem Wahlkampf „mehr Bürgerbeteiligung“ ein wichtiges Thema war und in der Folge die Mitgliederversammlung der Bürgervereinigung einstimmig beschlossen hatte (12.5.81), bei der Stadtverwaltung einen entsprechenden Antrag auf Einführung einer Ortschaftsverfassung für Allmannsdorf-Staad und Egg zu stellen (16.5.81). Ein Schreiben des Rechts- und Ordnungsamtes der Stadt vom 15.6.1981 an den OB widersprach und versuchte die positive Bewertung des RP zu problematisieren. Insbesondere wurde die räumliche Trennung Allmannsdorfs vom übrigen Stadtgebiet durch den Hockgraben in Frage gestellt. Ein unverständlicher Einwand, da bis heute alle Planvorgaben der Stadt die markante Grünstäur des Hockgrabens zwischen dem rechtsrheinischen Stadtgebiet und Allmannsdorf als städtebauliche Notwendigkeit ausweisen. Auch in dem „Zukunftsbild“ der Stadt Konstanz (2013) ist diese Raumtrennung deutlich markiert.



„Zukunftsbild“ der Stadt Konstanz (Ausschnitt) Agglomerationsprogramm 2013 - Strategie, Siedlung, Landschaft, Mobilität

## „Mehr Bürgerbeteiligung“ - SK-Artikel von 1996 bis 2013

## Uli Burchardt will Stadtteile stärken



OB-Kandidat Uli Burchardt.

**Konstanz (lün)** Der OB-Kandidat Uli Burchardt (41) will mit einem neuen Vorschlag zum Thema Bürgerbeteiligung im Wahlkampf punkten. „Ich könnte mir vorstellen, in einigen Konstanzer Stadtteilen

so genannte Bezirksbeiräte einzuführen. Die würden funktionieren wie Ortschaftsräte und müssten zu allen Belangen, die den jeweiligen Stadtteil betreffen vom Gemeinderat angehört werden“, so Burchardt. Damit könnte man laut Burchardt mehrere Dinge erreichen: Die Bürger würden stärker in Ortsteilangelegenheiten eingebunden, die Identifikation mit dem Stadtteil könnte wachsen, das Wissen aus dem Ortsteil flösse geballt in den Gemeinderat und das Bedürfnis nach mehr Bürgerbeteiligung könnte zudem in einem kanalisierten Verfahren sicher gestellt werden.

Nach Vorstellungen von Burchardt würden diese Bezirksbeiräte vom Gemeinderat berufen und proportional zum Wahlergebnis der jeweiligen Kommunalwahl besetzt. „Auf diese Weise könnte man auch die Rathäuser in Stadtteilen wie Wollmatingen oder Allmannsdorf wieder beleben und ein Stück Verantwortung und Identität zurückgeben. Das würde aus meiner Sicht auch die Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen“, so der 41-jährige Forst- und Unternehmensberater.

Bezirksbeiräte an sich sind keine neue Idee. Die baden-württembergische Gemeindeordnung sieht sie allerdings hauptsächlich für Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern vor. Aus Sicht des Kandidaten Burchardt spricht das aber nicht gegen eine Einführung in Konstanz. „Wir sind dabei das juristisch zu prüfen und sind zuversichtlich, dass das auch in Konstanz gelingen könnte“, sagt Burchardt.

SK 16.6.2013

## Lästige Bürger S. 12.3.98

VON  
FRANK  
VAN BEBBER



Die Allmannsdorfer haben Verwaltung und Kommunalpolitikern im Streit um die Jakobstraße wieder einmal klargebracht: Bürgernähe kostet Geld, Zeit und Nerven. Wer nicht bereit ist, das zu investieren, sollte künftig auf schöne Sonntagsreden über bürgernahe Arbeit verzichten. Wer sich aber als Servicebetrieb begreift und Bürger zu mehr Engagement ermuntert, kann ihnen nicht das Gespräch verweigern, nur weil sie plötzlich lästig werden. Mit ihrer anfänglichen Weigerung nochmals nach Allmannsdorf zu kommen, haben die Verantwortlichen deshalb unnötig provoziert.

Die Bürger bestimmen Ziele, Art und Ausmaß ihres Engagements selbst. Genau dieser Umstand macht Verwaltung und Gemeinderäte unsicher und ängstlich. Indem Politiker und Planer nämlich Vorklagen und Entscheide aus der Hand geben, verlieren sie Kontrolle und Macht. Die Jakobstraße ist dafür ein gutes Beispiel: Auch anderswo haben Bürger über Erschließungskosten gemurrt – allerdings jeder für sich allein. Der organisierte Protest in Allmannsdorf hat eine viel größere Kraft und bringt die Räte in eine schwierige Lage: Halten sie am Ausbau der Jakobstraße fest, müssen sie Bürgern gegen deren erklärten Willen hohe Kosten aufbürden.

Andererseits gibt es gute Argumente für eine Entscheidung gegen die Jakobsträßler. Es besteht näm-

lich kein Zweifel, daß sich in jeder Straße eine Mehrheit gegen einen kostenpflichtigen Ausbau finden würde. Dennoch haben auch anderswo Bürger ihre Straßen bezahlt – und damit der Stadt hohe Ausgaben für die Pflege alter und kaputter Wege erspart. Wovon auch jene Steuerzahler profitierten, die nun bei ihrer eigenen Straße nicht zahlen wollen.

Der Fall Jakobstraße zeigt damit auch Risiken und Grenzen des Bürgerengagements. Denn im Gegensatz zum repräsentativ gewählten Gemeinderat, vertreten Initiativen und Vereinigungen oft nur spezielle Interessen – auch wenn gerade die Bürgergemeinschaft Allmannsdorf (BAS) vielfach ehrenhaften Einsatz zeigt. Die BAS ist dadurch neben den gewählten Vertretern zu einer Macht in der Kommunalpolitik geworden – was wiederum die Gemeinderäte unter Druck setzt.

So gesehen wird der vergleichsweise kleine Fall zum interessanten Musterstück. Die nahende Kommunalwahl 1999 gibt dem Streit zusätzliche Brisanz. Denn entscheiden die Räte gegen die Jakobsträßler, werden sie hier zweifellos Stimmen verlieren – ohne anderswo für ihre durchaus honorifique Haltung welche zu bekommen. Für die übrigen Bürger ist der Fall nämlich zu abstrakt und unbedeutend, um eine Wahl danach auszurichten. Keine Frage: Die Räte werden wenig Freude daran haben, nicht nur einsam im Ratssaal über das Geld der Jakobsträßler zu entscheiden, sondern auch den Betroffenen dabei in die Augen zu sehen. Doch das haben die engagierten Bürger verdient – auch wenn es für Politik und Verwaltung lästig ist.

## OB kehrte zum Ort seiner Versprechen zurück

Horst Frank bei Versammlung der Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad Sudkurier 12/96

**Konstanz (fvb)** Sechs Monate nach seinem Wahlkampfauftritt in Allmannsdorf ist Horst Frank als Oberbürgermeister an den Ort seiner Versprechen zurückgekehrt: Vor 110 Zuhörern versicherte er im Gasthof Adler, die Einrichtung eines Bürgerbüros und eines Ortschaftsrates im Ortsteil würden derzeit geprüft. Weitere Vorschläge der Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad will das Stadtoberhaupt ebenfalls bedenken.

Sein erstes Allmannsdorfer Wahlversprechen will Frank im kommenden Frühjahr einlösen: Im Ortsteil soll



ger muß erkennen können, ob er von einem Punkt betroffen ist.“ Dies sei bislang nicht der Fall.

OB Frank sicherte zu, die Einrichtung einer Anlaufstelle für Ratsunterlagen zu prüfen. Er erinnerte auch an die Möglichkeit, sich über Email, also elektronische Computerpost, direkt bei ihm zu melden. Dies hätten schon zahlreiche Bürger getan. Derzeit arbeite die Verwaltung daran, Ratsunterlagen über Email zu versenden.

Die BAS forderte von der Stadt auch eine Konzeption für die sich wandelnde Ortsmitte an der Main-

Leider wurde der von dem Regierungspräsidium eröffnete „Ermessensspielraum“ weder vom Hauptausschuss (24.11.81), noch vom Gemeinderat (24.6.82) genutzt. Beide Gremien folgten nach einer heftigen Debatte, in der sich vor allem die Ratsmitglieder der FGL und der SPD ein heftiges Wortgefecht lieferten, mehrheitlich den Bedenken der Verwaltung. Für die Einführung einer Ortschaftsverfassung in Allmannsdorf-Staad stimmten die Grünen (FGL) und die FDP, die Freien Wähler enthielten sich. So wurde auch der Antrag von Werner Allweiss (FGL) sie wenigstens probeweise für 4 Jahre einzuführen, abgelehnt.

Trotz dieses entmutigenden Votums von 1982, nahm 1996, 16 Jahre später, der OB-Kandidat der Grünen Horst Frank, das Anliegen wieder auf und versprach in seinem Wahlkampf sich für: **„weitere Bürger/innen-Büros in den Ortsteilen -sowie für die Einrichtung von Ortschaftsräten in Allmannsdorf und Wollmatingen“** einsetzen zu wollen. Für ihn war der wesentliche Leitgedanke, mit der Einführung von Ortschaftsräten die Bürgernähe der Verwaltung, sowie die Pflege des örtlichen Gemeinschaftslebens zu stärken. Nach seiner Wahl zum Konstanzer Oberbürgermeister (7.7.1996), in einer BAS-Versammlung (SK-Bericht - 13.12.96- **„OB kehrte zum Ort seiner Versprechen zurück“**), äußerte sich OB Horst Frank dazu dann aber nur noch unverbindlich: **„Er wolle die Einrichtung eines Ortschaftsrats weiterhin prüfen.“** Das Ergebnis dieser „Prüfung“ konnte nicht überraschen, auch in den folgenden Jahren seiner Amtszeit kam es zu keiner Ausweitung der Bürgerbeteiligung in Form einer Ortschaftsverfassung für Allmannsdorf-Staad.

Und nun 2013, wieder 16 Jahre später, soll sich diese inzwischen über dreißig Jahre alte Geschichte von Versprechungen und Lippenbekenntnissen in Sachen Bürgerbeteiligung wiederholen? Viele in der Stadtverwaltung und im Gemeinderat scheinen immer noch zu befürchten, dass **„mehr Bürgerbeteiligung“** Entscheidungsprozesse nur komplizierter gestalten, nur zusätzliche Arbeit bedeuten, auch etwas Geld kosten. Die Chance wird unterschätzt, dass durch mehr Beteiligung, durch eine intensivere Identifikation mit dem eigenen Stadtteil und seiner natürlichen Umgebung, auch mehr interessierte, zum Engagement bereite Bürger zu gewinnen sind. Dass durch mehr Gemeinsinn und Verantwortung die enge Fixierung auf nur egoistische Interessen eingeschränkt werden kann, dass mehr Beteiligung, nicht nur mehr Akzeptanz mit städtebaulichen Vorgängen und den Auflagen zum Schutz der Landschaft, sondern vor allem auch mehr soziale, mehr mitmenschliche Verantwortlichkeit erzeugt. Die Dimension der auf uns zukommenden Probleme, insbesondere auch die der nachbarschaftlichen Für-

**sorge die wir unseren alten und kranken MitbürgerInnen schuldig sind, verdeutlicht, dass „mehr Bürgerbeteiligung“, diese Stärkung von Gemeinsinn und persönlicher Verantwortung, eine unverzichtbare Notwendigkeit“ ist.**

Eine „Mausclique-Demokratie“ nach der Art „gefällt mir - gefällt mir nicht“ und schon gar nicht die Delegation unserer eigenen Verantwortung an einen amtlich bestellten „Beauftragten für Bürgerengagement“ und was sonst noch so an unverbindlichen Beteiligungsmodellen diskutiert wird, reicht da längst nicht mehr hin. Gänzlich unzureichend sind in diesem Zusammenhang, die bisher üblichen Informationsveranstaltungen der Verwaltung nach dem bekannten Muster: „Liebe Bürger, eure Bedenken und Ideen sind uns wichtig“. So meinte auch schon im 8. Jahrhundert der Kalif von Bagdad Harun al Raschid sich zu seinen Untertanen verhalten zu können, der, so wird berichtet, verkleidet durch die Straßen seiner Stadt schlenderte um „Volkes Stimme“ zu erlauschen. **Anhörung ist nicht Beteiligung, Beteiligung ist kein Gnadentakt.** Ohne strukturierte, verbindliche Bürgerbeteiligung können berechnete Anliegen der Bürger nur allzu leicht als interessengesteuerte Meinungsäußerungen abgetan, als nicht ausreichend demokratisch fundiert abgewehrt werden. Die BAS geht daher, trotz der ausweichenden Formulierungen in dem SK-Interview vom 24.12.2012, davon aus, dass, für OB Uli Burchardt: **„die Einrichtung von Bezirksbeiräten nach wie vor ein Thema ist.“** In einer Reaktion (Pressemitteilung 15.1.2013) auf einen SK-Artikel (15.1.2013 „Bricht der OB sein erstes Versprechen“?), bekennt er sich unmissverständlich: **„Die Bürgerbeteiligung hat heute einen sehr hohen Stellenwert in unseren Städten und Gemeinden. Dieser Entwicklung sollten wir auch bei den Voraussetzungen von Bezirksbeiräten Rechnung tragen.“**

Deshalb lieber Gemeinderat, kassiert diesmal nicht wieder ein wichtiges, zukunftsweisendes Wahlversprechen eures Oberbürgermeisters und belastet damit gleich zu Beginn seine Amtszeit, unterstützt diesmal sein Vorhaben, gebt der **„Erneuerung durch mehr Bürgerbeteiligung eine Chance!“** Führt Bezirksbeiräte dort ein, wo die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben sind und fördert, wo notwendig, die Anpassungen an die Rechtslage. **Fortschritt in Sachen mehr Bürgerbeteiligung heißt fortschreiten, Schritt für Schritt in die richtige Richtung gehen,** sonst wird am Ende nur so ein Internetportal eines „Beauftragten für Bürgerengagement“ als Trostpreis übrig bleiben, in dem sich dann zum Meinungs-austausch und zur Anmeldung der nur eigenen Interessen **„die speziellen Altersgruppen“** austoben, um hier noch einmal den OB-Kandidaten und heutigen Oberbürgermeister Uli Burchardt zu zitieren.

Alexander Gebauer